

Internationale OECD-Studie zur Steuerbelastung in Deutschland

Geringe Steuern, hohe Sozialabgaben

Die Gesamtbelastung durch Steuern und Sozialabgaben ist in Deutschland geringer als in allen anderen großen europäischen Volkswirtschaften. Das ist das Ergebnis einer internationalen Vergleichs-Studie, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Berlin und Paris veröffentlicht hat. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt besonders das Steueraufkommen mit

21,9 Prozent weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder von 26,8 Prozent.

Niedrige Einnahmen aus Substanzsteuern

Besonders gering ist der Statistik zufolge das Steueraufkommen aus Grund-, Vermögens-, Schenkungs-, und Erbschaftssteuern. Die Einnahmen daraus lagen in Deutschland 2006 stabil bei 0,9 Prozent des BIPs und damit bei weniger als der Hälfte des OECD-Schnitts von 1,9 Prozent (2005). Nur Österreich und Staaten mit einem deutlich niedrigeren Vermögensbestand als Deutschland wie Mexiko, Tschechien und die Slowakei erhielten noch weniger Einnahmen aus dieser Steuerart.

Hohe Belastungen für Arbeitnehmer

Dem gegenüber steht laut OECD eine sehr hohe Steuer- und Sozialabgabenbelastung für Arbeitnehmer in Deutschland. Die Pflichtbeiträge zu den Sozialversicherungen summierten sich im vergangenen Jahr auf 13,7 Prozent. Im OECD-Mittel waren es dagegen nur 9,2 Prozent (2005). Lediglich in der Slowakei und in Tschechien waren die Sozialbeiträge, gemessen am BIP, noch höher als in Deutschland.

Besonders treffen diese hohen Abgaben Arbeitnehmer mit mittleren und niedrigen Einkommen. Als Grund dafür nennt die OECD die Deckelung der Sozialbeiträge in Deutschland. Liegt der Bruttolohn eines Arbeitnehmers über einem festgesetzten Wert, wird zur Berechnung seiner Beiträge lediglich die Höhe dieser Beitragsbemessungsgrenze herangezogen. Damit sinkt die prozentuale Belastung der Arbeitnehmer mit steigendem Einkommen. Laut OECD hat dies fatale Folgen - sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Niedriglohnbereich entstehe erst gar nicht oder werde zu Gunsten beitragsfreier geringfügiger Beschäftigung sogar abgebaut.

"Mehr Steuerfinanzierung für soziale Sicherung"

Es sei deshalb ein richtiger Schritt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken, meint Chris Heady, der Leiter der Abteilung Steuerpolitik und Steuerstatistik der OECD. Jetzt müssten weitere Reformen folgen: "Neben einer nachhaltigen Kostendämpfung in den Sozialsystemen sollte Deutschland auch eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung anstreben", so der Experte. Einen Vorschlag zur Finanzierung liefert er ebenso:

Neben der Mehrwertsteuer könnten auch Steuern auf Umwelt- und Ressourcennutzung oder die im internationalen Vergleich niedrigen Steuern auf Vermögen herangezogen werden.

Stand: 17.10.2007 17:24 Uhr

Wirtschaftsforscher optimistisch

Mehr Arbeit, mehr Geld

Das Herbstgutachten der Institute erwartet auch 2008 ein belastbares Wachstum und mehr Geld in den Taschen der Arbeitnehmer. Die globale Finanzkrise vom Sommer werde Deutschland nicht so sehr belasten..

Führende Wirtschaftsforscher erwarten in ihrer Herbstprognose für 2008 ein Wachstum von 2,6 % .

Ihren Prognosen zufolge werden deutsche Arbeitnehmer 2007 und 2008 deutlich mehr Geld zur Verfügung haben. Sie sehen einen "beschleunigten Lohnanstieg". Der Aufschwung könne sich fortsetzen, urteilen die Institute. Es dürfe aber keine Abkehr vom Reformkurs geben.

"Bei weiter steigendem Arbeitsvolumen und rascher zunehmenden Effektivverdiensten werden die Bruttolöhne und -gehälter zügig expandieren", schreiben die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten.,, dass sie heute den Medien vorstellten..

Effektive Löhne steigen deutlich

Die effektiven Löhne legen laut der Vorhersage dieses Jahr um 2,1 und 2008 um 3,0 Prozent zu. Der Effektivlohn ist der tatsächlich an die Beschäftigten ausgezahlte Bruttolohn inklusive übertariflicher Zuschläge und der Vergütung von Überstunden.

Im ersten Halbjahr 2007 stiegen die effektiven Löhne stärker als die vereinbarten Tariflöhne. "Die Lohndrift war damit erstmals seit langem wieder positiv".

Insbesondere in wirtschaftlichen Krisen führt der Abbau übertariflicher Leistungen regelmäßig zu einer negativen Lohndrift. So war es auch in den vergangenen Jahren, dies hat sich nun offenbar gedreht.

Wegen der steigenden Löhne werde der private Konsum kräftig zulegen, allerdings könnten erstmals seit 2003 auch wieder die Lohnstückkosten steigen. Insgesamt sehen die Institute, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft weiter optimistisch.

"Aufschwung stabil"

Der Aufschwung sei "so weit gefestigt", dass Belastungen wie der hohe Ölpreis oder die Turbulenzen an den Finanzmärkten "nicht zu einem Einbruch der Konjunktur führen dürften", urteilen die „Experten“.

"Vielmehr stehen die Chancen nicht schlecht, dass sich der Aufschwung fortsetzt", heißt es im Gutachten weiter. Für 2007 setzten die Forscher ihre Wachstumsprognose im Vergleich zum Frühjahr von 2,4 auf 2,6 Prozent herauf.

Für 2008 senkten sie die Vorhersage leicht von 2,4 auf 2,2 Prozent. Damit sind die acht beteiligten Institute, deren Prognose Basis für das Herbstgutachten der Regierung ist, deutlich zuversichtlicher als andere Ökonomen. Der Internationale Währungsfonds etwa rechnet 2008 in Deutschland nur noch mit einem Wachstum von 2,0 Prozent.

Gemischtes Zeugnis für die Politik

Allerdings stellen die Forscher, wie in den Jahren zuvor, der Politik stellen ein gemischtes Zeugnis aus. Einerseits schreiben sie der Finanzpolitik der vergangenen Jahren zu, zum robusteren Wachstum beigetragen zu haben.

Dank steigender Steuereinnahmen und sinkender Ausgaben für Sozialleistungen werden Bund, Länder und Gemeinden laut der Vorhersage bereits in diesem Jahr insgesamt einen Überschuss von 2,2 Milliarden Euro erwirtschaften

Im nächsten Jahr könnte das Plus auf 8,4 Milliarden Euro steigen. Die Arbeitslosigkeit wird laut der Prognose der Institute weiter deutlich zurückgehen: Von im Schnitt 3,78 Millionen Menschen in diesem auf 3,45 Millionen im nächsten Jahr - das wäre mehr als eine Million weniger als 2006.

Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt

Die Forscher sehen deutliche Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt. Durch die "sehr lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften erhielten zunehmend auch Langzeitarbeitslose eine Chance", schreiben sie.

Insgesamt dürfte die Zahl der Erwerbstätigen dieses Jahr um fast 700.000 steigen. 2008 könnten es - wegen der Abschwächung der Konjunktur - deutlich weniger, aber im Durchschnitt immer noch 310.000 Menschen sein. Die Zahl der Erwerbstätigen würde dann zum ersten Mal auf mehr als 40 Millionen Menschen steigen.

Die Institute sehen auf dem Arbeitsmarkt "Indizien für positive Wirkungen" von politischen Reformen - etwa im Abbau der Erwerbslosigkeit von älteren Menschen sowie von Langzeitarbeitslosen.

Forscher sehen aber auch Gefahren für die Reformen und antworten mit altbekannten Rezepten

Mit Blick auf die aktuelle politische Diskussion warnen sie dringend vor einer Reformabkehr.. "In der Arbeitsmarktpolitik findet der Reformkurs der vergangenen Jahre keine Fortsetzung", heißt es im Gutachten. "Vielmehr wird derzeit eher über ein Zurückdrehen bei den bisherigen Reformen diskutiert."

Von der Idee, älteren Menschen länger Arbeitslosengeld I zu zahlen, halten die Ökonomen: nichts: "Es ist absurd, mit Verweis auf die bessere Kassenlage eine Revision der Reformen zu fordern, durch die diese Erfolge gefährdet würden."

Auch die Erschwerung von Leiharbeit und die Subventionierung von Jobs für Problemgruppen ist für sie "kontraproduktiv" und die Einführung von Mindestlöhnen lehnen die Wirtschaftsforscher ebenfalls ab.

Stattdessen empfehlen sie die weitere Senkung des Arbeitslosenbeitrags. Dieser könnte deutlich weiter zurückgehen, als bisher von der Koalition beschlossen. Hier gibt es inzwischen aber ohnehin Bewegung: Auch die SPD hält nun eine Senkung von 4,2 auf 3,5 Prozent für vertretbar.